

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postverordnungen für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Ami Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die Siebengelbahn. Normalpreis ober dem Raum 70 Pf., kleine Anzeigen das fertige Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Erwerbungsbeitrag 30 Pf. Bei Familien- und Vereinstatungen gilt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition abgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Ami Norden 9768.

Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Sonnabend, den 11. Januar 1919

Nummer 19

Proteststurm gegen Brudermord.

Fortdauer des Massenstreiks.

Die der U. S. P. D. angehörenden Arbeiterräte Groß-Berlins haben gestern beschlossen, die Arbeit zunächst nicht wieder aufzunehmen, sondern den Streik fortzusetzen.

Die Situation.

Die immer imposanter werdende Willenskundgebung der Arbeiter gegen Brudermord und für Versöhnung hält an und zieht stets weitere Kreise.

Es läßt sich auch nicht verkennen, daß diese Kundgebungen steigenden Eindruck bei der Regierung und dem Zentralrat machen. Trotzdem ist es nicht gelungen, gestern zum Eintritt in Verhandlungen zu kommen. Erst heute um 9 1/2 Uhr tritt der Zentralrat zusammen, um zu den Einigungsverhandlungen Stellung zu nehmen.

Aber wie immer die Entschlüsse der Regierung und des Zentralrates ausfallen mögen, so entscheidend sie sein werden für die Zahl der Opfer, die ganz unnützlich und zwecklos nachfolgen werden, die Bewegung der Arbeiter wächst ununterbrochen und geht über die Köpfe der Führer hinweg. Sie wird ihr Ziel erreichen: die Herstellung der Einheit der proletarischen Front.

Deshalb, Arbeiter, harret aus und fahrt fort!

Für die proletarische Einheit.

Die Arbeiterräte der U. S. P. D. haben gestern beschlossen, mit den Arbeiterräten der S. P. D. zusammenzutreten, um über die Mittel zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront sich zu verständigen.

Die Protestbewegung gegen den gräßlichen Brudermord hat in den wenigen Tagen einen gewaltigen Aufschwung erfahren. Ununterbrochen gehen uns aus Versammlungen und Werkstätten Resolutionen zu, die zur Einstellung des Blutvergießens und zur Vereinigung des gesamten Proletariats auffordern. Diese Willensäußerungen sind so zahlreich, daß wir auch nicht entfernt alle in ihrem vollen Wortlaut bringen können. Nachstehend greifen wir die wesentlichsten Stimmen der Vernunft heraus.

Eine Versammlung der Mitglieder der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins, an der auch Mitglieder aller in den Kreisen Teltow-Beckow und Niederbarnim gewählten Arbeiterräte teilnahmen, nahm einstimmig folgende Beschlüsse an:

„Die Bildung der Bürgerwehr, d. h. die Bewaffnung des außerordentlichen Organes der Arbeiter aller Richtungen durch die letzte Regierung zeigt, daß diese in ihrer jetzigen Zusammensetzung keineswegs eine Vertretung der Arbeiterschaft ist und sein kann.“

Dieses bedingt den sofortigen Zusammenschluß aller Arbeiter, ganz gleich, welcher politischen Richtung sie angehören. Deshalb fordert die heute tagende Versammlung aller Mitglieder der kommunalen A. und S.-Räte Groß-Berlins den Rücktritt der Regierung und deren Entsetzung durch eine solche, die eine wirklich sozialistische Politik treibt und mit der Sozialisierung der baulen Betriebe beginnt.

Zusätzliche erklären die der Mehrheitspartei angehörenden Mitglieder der kommunalen A. und S.-Räte, daß sie diese zu ungeheuren Blutvergießen führende Politik der Regierung nicht mehr unterstützen, sondern für die Beseitigung dieser Regierung mit allen sozialistischen Arbeitern zusammenwirken.“

„Die heute am 10. Januar 19 in den Ebbienstein tagende Versammlung aller kommunalen A. und S.-Räte Groß-Berlins bedauert aufs tiefste, daß bei den letzten Vorschlägen in

Besten Arbeiterblut geflossen ist. Sie wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Maßnahmen der Regierung, Studenten und Offiziere zu bewaffnen und sie gegen das Proletariat marschieren zu lassen. Die Todfeinde der Arbeiterklasse werden von einer sozialistischen Regierung gegen die Revolution bewaffnet. Die Bourgeoisie triumphiert; alle Gegenrevolutionäre wittern Morgenluft. Die Versammlung fordert den sofortigen Rücktritt der jetzigen Regierung, da sie durch die getroffenen Maßnahmen kompromittiert ist und kein Vertrauen bei den arbeitenden Massen besitzt. Die Versammlung begrüßt das Vorgehen der Arbeiter der A. S. P. D. und der Schwarzrotten Betriebe und schließt sich der von diesen Betrieben gefaßten Resolution voll und ganz an.“

„Der Arbeiterrat des Siemenszentrums, der 51.000 Arbeiter vertritt, steht auf dem Standpunkt, daß es genug des Blutvergießens ist, und daß ein weiterer Brudermord unter allen Umständen vermieden werden muß.“

Um die sozialistischen Arbeiter der sich augenblicklich feindselig gegenüberstehenden Parteien wieder zu vereinigen, hält der Arbeiterrat es für erforderlich, daß die im Wege stehenden Personen aller in Frage kommenden Parteien verschwinden, und daß hiermit der Hauptstein des Anstoßes beseitigt ist.

Wir verlangen eine sofortige Einigung aller sozialistisch gesinnten Volksgenossen.

Nur durch eine Einigkeit auf dem Boden des Erfurter Programms ist es möglich, die Früchte der Revolution zu sichern und die Gegenrevolution fernzuhalten.“

„Die Funktionäre der Autoreparaturbetriebe Groß-Berlins, die 3000 Kollegen vertreten, schließen sich der Resolution der Arbeiterschaft der Waffen- und Munitionsfabriken vollständig an und verlangen ebenfalls eine Verbrüderung des Proletariats aller Richtungen, auch über die Köpfe der Führer hinweg. Nur die Befestigung sämtlicher Führer kann zu dem Ziel führen.“

Die Betriebe Blech-Abegg, Wilhelm Wurl und Sudikat-Weissensee (3000 Arbeiter und Arbeiterinnen aller Parteilichungen) erklären die jetzigen Verhältnisse als eine reine Machtfrage einzelner Personen zum Schaden der sozialistischen Revolution und erklären sich nicht damit einverstanden. Die mitleidigen Personen sollen aus der Regierung austreten, ebenso die mitleidigen Führer aus sämtlichen sozialistischen Parteien. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß dadurch die sozialistische Republik nur gerettet werden und die Menschheit wieder geordneten Verhältnissen entgegengehen kann.

Die Arbeiterschaft der Betriebe Norddeutsche Metallwerke, Friedrich Dugle, Bernhard Ises, Spinn u. Sohn, Rietschel u. Henneberg verlangt, daß sämtliche Führer zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen und daß die Pressefreiheit wieder hergestellt wird.

Die Arbeiterschaft der Akkumulatorenfabrik, Carl Oberschneeweide, verlangt, daß die jetzigen Volksbeauftragten zurücktreten und daß andererseits die Pressefreiheit wieder hergestellt wird.

Die Arbeiterschaft der Firma Deutsche Kabelbauwerke verlangt, daß sich die Führer der jetzigen Regierung sofort zu einer Einigung bereit erklären oder ihren Posten sofort verlassen.

Die gesamte Arbeiterschaft der Firmen Ludwig Döw u. Co. und Typograph verlangt sofort die Herstellung der Pressefreiheit. Die bisherige Regierung soll sich einer Volksabstimmung unterwerfen. Bei einer Nichtverständigung der Zentralvorstände der drei Parteien wird zur Gründung einer neuen „Einigen Sozialistischen Partei“ geschritten.“

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Angestellte der Firma A. Schwartzkopff, Reinickendorf (Schraubenfabrik) fordern Rücktritt der kompromittierten Führer Ebert, Scheidemann, Landberg, Noske sowie Eickhorn.

Die gesamte Arbeiterschaft der Firma Schütte u. Dehnen, Baumshuldenweg, stellt sich einmütig auf den Boden der Kundgebung der Funktionäre der Belegschaft Flugzeugmeisterwerk Adlerhof.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter der Eisenbahn-Haupt-Werkstätte Berlin I, politisch organisiert in der S. P. D. und U. S. P. D., sind der Überzeugung, um ein weiteres Bestehen des Proletariats zu vermeiden, daß die jetzige Regierung unbedingt zurücktreten muß.

Die in Lichtenberg versammelten Arbeiter aller Betriebe, sämtlicher Parteilichungen (7000 Personen) fordern, daß die Straßensämpfe in Berlin sofort aufhören. Als Hindernis betrachten sie die gegenwärtig kompromittierten Führer aller Parteien und fordern den Rücktritt derselben.

Die geringsten Vertrauensleute der Branche der Elektromonteur Groß-Berlins (S. P. D. u. U. S. P. D., Spartakus) verpflichten sich, unter ihrer Kollegenchaft eine Einigung zu erzielen.

Die Arbeiterschaft der Firma E. Becker, Reinickendorf verlangt ebenfalls, daß sämtliche Führer zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen.

Der Bezirkstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Bezirk Osten 1, 2 und 3 nahm folgende Resolution an:

Die am 10. 1. von 150 Personen besuchte Vertrauensmänner-Versammlung der Bezirke Osten 1, 2 und 3 ist der Ansicht, daß der Bruderkrieg nunmehr lange genug getobt hat und nicht länger fortgesetzt werden darf. Die Vertrauensmänner haben den festen Willen, sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Bruderhand zu reichen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß wieder Ruhe und Ordnung eintreten und ein menschenwürdiges Dasein erkämpft wird.

Die Vertrauensmännerversammlung verlangt, daß sämtliche Führer zurücktreten, um nichtkompromittierten Führern Platz zu machen. Sollte bis zum Sonnabend, den 11. Januar, eine Einigung erzielt sein, so wird die Arbeiterschaft am Montag, den 13. Januar, die Arbeit geschlossen wieder aufnehmen.

Berner fanden und Resolutionen, fast überall einstimmig angenommen:

Die Arbeiterschaft der Berlin-Hohenschönhauser Betriebe (ca. 2000 Personen), die Arbeiter und Angestellten der Fa. Riebe (5000 Personen), die Arbeiter und Angestellten der Fa. Deutsches Präzisionswerk.

Die Arbeiterschaft der Anordremse, Lichtenberg (3000 Pers.), die Arbeiterschaft der Fa. Freund u. Co., Maschinenbau und Gießerei, Charlottenburg.

Die Arbeiterschaft der Berliner Kasse-Werke, Wilhelm Reineke, Reinickendorf.

Die Arbeiterschaft der Metallwerkfabrik Panzer K. G., Köcker Maschinenfabrik, Bernau/See und Edel u. Lohmann.

Diese Resolutionen haben alle so ziemlich den gleichen Wortlaut wie die hier folgende:

„Die Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Bruderkrieg nunmehr lange genug getobt hat und nicht länger mehr fortgesetzt werden darf. Die Arbeiterschaft hat den festen Willen, sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Bruderhand zu reichen und mit allen Kräften dahin zu streben, daß endlich wieder Ruhe und Ordnung eintreten und ein menschenwürdiges Dasein erkämpft wird. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer zurücktreten, um anderen, nicht kompromittierten Führern Platz zu machen.“

Die Forderungen der Berliner Arbeiter.

Der Zentralvorstand des Berliner Verbandes der U. S. V. D. hat folgende Forderungen aufgestellt, denen bereits die Arbeiter einiger Betriebe sich angeschlossen haben:

1. Die Arbeiterschaft verlangt, daß sämtliche Führer zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen.
2. Ehestimmte Durchführung der Sozialisierung.
3. Abschaffung der Kommando- und Offiziersgewalt, Befreiung aller Rangabzeichen, sofortige Demobilisierung des gesamten Heeres.
4. Schaffung einer sozialistischen Volkswache.
5. Ueberführung des Berliner Volkspräsidiums in die Kommunalverwaltung.
6. Befreiung aller Klassen- und Standesprivilegien.
7. Anbahnung internationaler Völkerverständigung und Völkerverbrüderung.

227 000

In der Arbeiterratsitzung der U. S. V. am 10. Januar im Abgeordnetenhaus erklärten die Arbeiterräte der nachfolgenden Betriebe, Vertreter von insgesamt 227 000 Arbeitern, daß genau Bruderblut geflossen ist und unter allen Umständen über die Köpfe der Führer hinweg sich die Arbeiter die Hand zum Frieden reichen müssen.

Sie verlangen einheitlich, daß sämtliche Männer aus der Regierung von ihrem Posten zurücktreten und durch andere, nicht kompromittierte Personen ersetzt werden. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission eingesetzt, die sofort die Verhandlungen mit dem Zentralrat aufnimmt.

Die gegenseitige Bekämpfung ist sofort einzustellen.

Weiter wurde der Beschluß gefaßt, daß die Arbeit heute ebenfalls ruht.

Auto-Betriebe, Stad Motor-Flugzeug, Kuerseffschaften, Kahlwerk der A. G. C., Brauerei Engelhardt, Cassierer, Antriebswerk, Eisenbahnarbeiter, Freund, Panzer A. G., Kranheim, H. Wietusch u. Co., Mix u. Genest, Berliner Privat-Telephongesellschaft, Georg Stielke, Vorsta Telcel, Chirurgische Firmen, Niebe, Deutsche Waffen u. Munition, Daimler-Mariensfelde, A. G. C. Brunnenstraße, A. G. C. Apparatefabrik, Max Bernhardt.

Für die Einigkeit!

Dem Arbeiterrat der Krümmereiwerkstatt Spandau wird und geschrieben:

Unerschütterlich steht und ist gefahren. Arbeiterblut ist in den Straßen Berlins geflossen; vergossen von Arbeitern. Wem kämpft sich nicht das Herz zusammen bei diesen Taten?

Arbeiter, die früher Schulter an Schulter in der sozialistischen Bewegung gegen den Kapitalismus, gegen jede Unterdrückung gekämpft haben, sind jetzt Feinde.

Woher kommt das? Es muß auf diese Frage eine Antwort geben. Und sie ist nicht leicht zu geben: die Arbeiter sind führerlos! Jawohl, gestehen wir es uns ein, sie haben keinen Führer, weder rechts noch links. Verführer sind es.

Das Rad der Revolution hat sich mit ungeheurer Geschwindigkeit in Bewegung gesetzt und hat Männer (durch Zufall) an die Spitze dieser gewaltigen Umwälzung gebracht, die — verlagten. Darin verlagten, daß sie aus der schon während des Krieges getrennten Arbeiterschaft keine gewaltige Welle zu schweigen wählten, die nur geriet die Stöckkraft des Proletariats zu unerschütterten Taten sein kann.

Aber der Einigkeit haben die Personen, die durch ihre Haltung in der Kriegspolitik „kompromittiert“ waren, denen von links im Wege.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Mehrheitssozialisten immer zu weit „rechts“ gestanden haben und sich immer mit dem Zeitgeist entschuldigend: wie tun alles für das Volk! Sie begreifen, daß sie die Beauftragten einer Klasse des Volkes waren, und zwar die des Proletariats. Von allem, was sie sagten, war schon einiges richtig, aber nicht alles.

Oben liegt es bei den Vorkämpfern. Auch sie haben die Arbeiterschaft mit ihren Forderungen nicht geeint, sondern getrennt. Die Arbeiterschaft wird in ihrer Gesamtheit auch nicht das Extreme. Dies bewies heute die Arbeiterschaft der Krümmereiwerkstatt Spandau.

In einer imposanten Massenversammlung beschloß sie einstimmig folgende Resolution:

„Die Arbeiterschaft der Krümmereiwerkstatt Nord erklärt sich für den Generalkrieg als Protest gegen den Bruderhieb, der nur dazu geeignet ist, die Stöckkraft der Arbeiterschaft zu lähmen.“

Der Generalkrieg soll jetzt das Mittel sein, die Arbeiterschaft über die Köpfe der Führer hinweg zu vereinen. Sie ruft allen Arbeitern Groß-Berlin zu:

Sozialisten aller Parteien, vereinigt euch!

Das läßt wieder hoffen. Welche Regierung, welche Partei-Führer könnten solchen Willen ignorieren? Dieser Wille wird und muß sich durchsetzen. Die Arbeiterschaft Spandau wird sich hiermit das Verdienst erringen, wenn sie allen Arbeitern die Worte zuruft:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, In keiner Not und Trennung und Gefahr! Doch die deutsche, sozialistische, freie Republik. Nieder mit allem Parteihader.“

Diese Resolution wurde von den Vertretern der gesamten Spandauer Staatsarbeiterschaft angenommen. In Spandau sind über 100 000 Personen beschäftigt.

Z. A. des Arbeiterrats Krümmereiwerkstatt Nord: Georg Seligst

Eisenbahnarbeiter drohen mit dem Streik.

Gestern nachmittag um 15 Uhr fand auf dem Tempelhofer Feld eine Massenversammlung der Eisenbahnarbeiter, Handwerker und Angestellten statt. Es wurde dort beschlossen, eine zehngliedrige Kommission zu wählen. Sechs Mitglieder davon setzen sich am Sonntagabend im Laufe des Tages mit den verschiedenen Parteivorständen in Verbindung und vier Mitglieder mit der Reichsleitung. Es soll unbedingt darauf hingewirkt werden, daß die Feindseligkeiten sofort eingestellt werden. Sollte dieser Willensfindung keine Folge geleistet werden, so sind die Eisenbahner

entschlossen, die Arbeit einzustellen,

um ihrer Forderung den gehörigen Nachdruck zu geben.

Die Eisenbahner sind der Meinung, daß es genug ist des Blutvergießens. Das ging auch aus mitgeführten Schildern hervor, auf denen geschrieben stand: „Gegen den Bruderhieb.“

Eine Opfer heischende Verschleppungstaktik.

Am 5 1/2 Uhr traten dann die zur U. S. V. D. gehörigen Arbeiter- und Soldatenräte im Abgeordnetenhaus zusammen, um zu der Obkulte, zu einer Einstellung der Feindseligkeiten zwischen der Regierung und der revolutionären Arbeiterschaft zu kommen, sind leider auch bis heute, Freitag, den 10. Januar, spät in der Nacht fruchtlos geblieben. An wen die Schuld liegt, geht aus folgender Tatsache hervor:

Am Donnerstag, den 9. Januar, hatte eine Konferenz der revolutionären Obkulte nach eingehender Beratung den Beschluß gefaßt, der Gegenpartei folgende Vertragsbedingungen als Grundlage für die Verhandlungen zu unterbreiten:

1. Die revolutionäre Arbeiterschaft gibt die während des Kampfes beklagten Forderungen und Gebäude frei. Andererseits wird zugestanden:

2. Die bisher noch nicht erfüllten Forderungen des Kongresses der U. S. V. D. Deutschlands werden durchgeführt.

Es sind das:

I. Vollige Demobilisierung aller Truppen.

II. Die Kommando- und Offiziersgewalt geht an die örtlichen U. S. V. D. über. (Befreiung der Rangabzeichen.)

III. Sozialisierung aller reifen Betriebe, insbesondere der Bergwerke.

IV. Wiederanbahnung der diplomatischen Beziehungen zu der russischen Sowjet-Republik.

5. Das Volkspräsidium wird der Berliner Kommunalverwaltung unterstellt. Volkspräsident bleibt Eichhorn oder wird durch einen von der U. S. V. D. vorgeschlagenen Wessenen ersetzt.

6. Die Verleumdungen gegen Ehrh. Scheidemann, Landsberg und Kossel treten aus ihren Remisen aus.

Der Vertrag wird in folgender Weise vollzogen:

Die Vermittlungskommission läßt nach Verhandlung über die Vertragsbedingungen die Bevollmächtigten der beiden streikenden Parteien zu einer gemeinschaftlichen Sitzung ein, um sie gleichzeitig den formulierten Vertrag unterzeichnen zu lassen.

Dieser Vorschlag ist am Freitag, den 10. Januar, morgens, dem Zentralrat der Republik, der auch namens der Volksbeauftragten mit der Vollmacht zu Verhandlungen betraut ist, unterbreitet worden. Vormittags traf eine Deputation von Spandauer Arbeitern ein, die wie viele andere Arbeiter-Körperschaften das dringende Verlangen stellte, daß die Partei zur Einstellung des Blutvergießens zu einer Vereinarbeitung über die drohenden Streikfragen kommen sollte. Der Volksrat von Groß-Berlin trat mit dem Zentralrat der Republik zusammen, um den Forderungen der Spandauer Arbeiter Gehör zu verschaffen. Pflüchlich stellte das Mitglied des Zentralrats Hermann Müller den Antrag, die Verhandlungen abzubrechen, um das Ergebnis einer Massenversammlung im Humboldthain abzuwarten.

Gegen den Protest der Volksratsmitglieder, der U. S. V. D. und der Spandauer Arbeiter wurde dieser Antrag zum Beschluß erhoben. Auf Vorschlag Hermann Müllers wurde aber ferner beschlossen, die Sitzung

um 1 Uhr mittags wieder aufzunehmen, da dann noch anscheinlich ein Beschluß der Versammlung im Humboldthain vorliegen würde. Der Sitzungsbeginn wurde einige Zeit darauf, auf Wunsch des Zentralrats, bis zu 3 Uhr nachmittags verschoben. Von 3 Uhr nachmittags an hielten sich die Mitglieder der Verhandlungskommission der revolutionären Obkulte und des Zentralvorstandes der U. S. V. D. von Groß-Berlin zu dieser Verhandlung im Abgeordnetenhaus bereit. Sie wurden immer wieder auf Anfragen beim Zentralrat hin von diesem durch die Zustimmung hingehalten, daß demnächst die Verhandlungen beginnen würden.

Um 5 1/2 Uhr traten dann die zur U. S. V. D. gehörigen Arbeiter- und Soldatenräte im Abgeordnetenhaus zusammen, um zu der Verhandlungsfrage Stellung zu nehmen. Auch sie warteten vergeblich auf Eintritt in die Verhandlungen, bis plötzlich um 10 1/2 Uhr abends den wartenden die Mitteilung gemacht wurde, daß die Mitglieder des Zentralrats bis auf zwei Personen fortgegangen seien und deshalb an die Aufnahme der Verhandlungen an diesem Abend nicht mehr gedacht werden könne. Wir wurden auf Verhandlungen am folgenden Tage vertröstet.

Es steht also fest, daß begonnene Verhandlungen ganz plötzlich mit einer völlig unzutreffenden Begründung um 12 Uhr mittags abgebrochen wurden, und daß die Körperschaften der U. S. V. D. von Groß-Berlin und die revolutionären Obkulte 10 Stunden lang hingehalten wurden, um dann zu erfahren, daß die andere Seite ohne vorherige Benachrichtigung sich davon gemacht hat.

Jedes Wort der Verurteilung eines solchen Verfahrens erregt sich; diese eine Tatsache hat, daß Menschenleben über Menschenleben dieser unverantwortlichen Verschleppungstaktik zum Opfer gebracht werden.

Der Kampf bei Mosse ruht.

Abends um 7 Uhr erließen der dem Mossehaus ein Generalbefehl mit brennender Beschleunigung auf dem dunklen Kampfplatz mit Regierungstruppen und machte an den Streikenden bekannt, daß soeben eine

Einigung der beiden Parteien

unterschieden sei, es werde nicht mehr geschossen, und von 8 Uhr ab werden die Straßen wieder dem Verkehr frei gegeben, was von dem Publikum mit lautem Bravo aufgenommen wurde.

Der Vertrag, der zwischen den Kämpfenden abgeschlossen wurde, lautet wie folgt:

Berlin, den 10. Januar 1919.

Um 6 Uhr 55 Min. kommen die Verhandlungen, die geführt werden

1. von dem 2. Kommandanten von Berlin, Ruhn.
2. von dem Kommandeur der Besatzungstruppen der Verleumdung Mosse, W. Scheitl und H. T. B., Drach, zu folgendem Ergebnis:

Die beiden Parteien verpflichten sich:

1. von dem Inkrafttreten dieses Vertrages ab werden sämtliche Feindseligkeiten eingestellt.
2. Die örtliche Lage bleibt beiderseits unverändert.
3. Jede Verhärtung der Position muß unterbleiben.
4. Die die Gebäude berührenden Straßen sind von heute 8 Uhr abends ab dem Verkehr freizugeben.
5. Die Sicherung des Verkehrs in den Straßen übernehmen gegen Einbruch der Dunkelheit beide Parteien zu gleichen Teilen.
6. Vor Aufnahme neuer Feindseligkeiten ist dieser Vertrag von einer Partei mit einer zwölfstündigen Kündigungsfrist aufzuheben. Die Kündigung erfolgt einseitig bei dem Kommandanten, andererseits bei Herrn Drach, in beiden Fällen schriftlich.
7. Abmachungen zwischen den Verlegern und der Besatzung berühren diesen Vertrag nicht.

Der Vertrag wird um 8 Uhr 30 Min. abends unterzeichnet.

Für die Besatzungstruppen in den Häusern Mosse, W. Scheitl, H. T. B., H. T. B., H. T. B., H. T. B.

Für die Kommandanten: Ruhn, 2. Kommandant Otto B. Pfeiffer, H. T. B., Sommerhorn, Wehner.

An unsere Abonnenten!

Der Mangel an Papier zwingt uns abermals zu einer Einschränkung im Umfang des Blattes. Wir sind bestrebt, diese die Entwicklung unseres Blattes hemmenden Umstände zu beseitigen, bitten aber, bis dies gelungen ist, um die Nachsicht unserer Leser.

Auch den

Inserenten

gegenüber müssen wir erneut unsere Entschuldigung aussprechen. Selbst die Theater- und Versammlungsanzeigen vermochten wir nicht alle unterzubringen.

Der Verlag.

Öffentliche Frauenversammlung

am Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 Uhr, in der „Hindenburg-Schule“, Charlottenburg, Querstraße 32.

Thema: Die Frauen und die Nationalversammlung.

Referent: Tony Breitfeld.

Ortsverein der U. S. V. D. Charlottenburg.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

Sonntag, den 12. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Franz Bräu, Oberbaumstraße 97, die 2. Jahreshauptversammlung sämtlicher Leistikolner, Wag-

arbeiter und Arbeiter aller Frauen

statt, zu welcher jeder zu sich laden darf.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Die Vorstandslitung.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Sonntag, den 11. November 1919, abends 7 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

im Stadthaus, Eingang Klosterstraße.

Tagesordnung:

Revolution und Nationalversammlung

Referent: Genosse Dr. Weinberg.

Der Propaganda-Ausschuß.

I. A.: K. Siegle.

Achtung!

Wohnhüter der U. S. V. D. Berlin!

Am Sonntag, den 12. Januar 1919, vorm. 9 1/2 Uhr:

Versammlung

aller Wohnhüter der U. S. V. D. Berlin in der Eithpasse, Annenstraße resp. Dresdener Str. 33.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu einer Entschädigungssumme für die Wohnhüter sämtlicher U. S. V. D. Berlin.

Kollegen erscheint Mann für Mann!

Der Wohnhüter-Ausschuß

des Habelwerks Obersee U. S. V. D.

Welcher Herr, evtl. Dame

am Sonntag, den 12. Januar, vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Franz Bräu, Oberbaumstraße 97, die 2. Jahreshauptversammlung sämtlicher Leistikolner, Wag-

arbeiter und Arbeiter aller Frauen

Unsere alten Genossen

Pr. Zubeil

zu seinem 71. Geburtstag zu senden

einen herzlichen Glückwunsch

Die alten Genossen

aus dem Kreise.

Bekleidungsamt

Spa. d. U.

Sonntag mittags 12 Uhr

Friedrichshain, am Rind-

niedert, Treffpunkt

Mädchen 13. Geschäft sucht

Lehmann, Liebigstraße 15.

Frühe bei Parteinossen ein

möbliertes Zimmer, Ofen an

E. Kallert, Neuhof, Richard-

straße 35, bei Garz

Piano,

Sola gut erhalten, auch zu kaufen,

Preisungabe an Frau Meyer, Acker-

straße 34.

Grammophon kauft Götter,

Fuchstraße 41.

Photokamera

bessere, kauft Kuhn, Chaussee-

straße 55, abends.

Druckfabrik sucht Lehmann,

Liebigstraße 15.

Fahrrad, prima Unimot, ver-

kauft Wimmer, Liebeckstr. 8 r. 22

Lehrer mit auch ohne Be-

zahlung sucht Lehmann, Liebig-

straße 15.

Schweizerkuchen

Präparat, Liebeckstr. 8 r. 22

3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12.

Schweizerkuchen, auch große

Sorten, Preisungabe, Frankfurter, Acker-

straße 34.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Sonntag, den 12. Januar 1919, nachmittags 1 Uhr:

Große Massenversammlungen

Friedrichshain — Humboldthain — Am Görlitzer Bahnhof — Am Kreuz-

berg — Lustgarten — Kleiner Tiergarten — Charlottenburg, am Opern-

haus (Bismarckplatz).

Tagesordnung: Der Kampf der revolutionären Arbeiterschaft.

Arbeiter! Parteigenossen! Soldaten!

Er scheint in Massen!

Der Propaganda-Ausschuß.